

## „SPD will uns mit Koalitionsbruch erpressen“

**Enttäuschung ist das Wort, das Martin Schulze-Elvert, Vorsitzender der CDU/WGO-Fraktion, in Reaktion auf die Aussagen von dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Wilhelm Mevert, am meisten benutzt: Enttäuscht sei er, dass die SPD die Zusammenarbeit mit der CDU beenden wolle (wir berichteten), enttäuscht darüber, dass die SPD nicht das Gespräch gesucht habe, enttäuscht darüber, dass er und die CDU/WGO als „nicht kompromissbereit“ (Mevert) bezeichnet wurden.**

Obernkirchen. Dabei hätten Obernkirchens Bürgermeister Oliver Schäfer (SPD), Grünen-Vorsitzender Thomas Stübke und er in der Diskussion um die Nachnutzung der ehemaligen Grundschul-Außenstelle in Krainhagen einen Kompromiss finden wollen – „aber wer war nicht da? Wilhelm Mevert!“, so Schulze-Elvert gegenüber unserer Zeitung. Die CDU/WGO sei weiter an sachlicher Zusammenarbeit interessiert, doch die SPD verhalte sich, „als hätte man einem Kind im Sandkasten das Förmchen weggenommen“. Seine Gruppierung wie auch Schäfer sähen „die Stadt als Ganzes“ und nicht das, was „einigen Krainhägern“ versprochen worden sei. Schäfer habe „nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt“, als er den Antrag stellte, die ehemalige Außenstelle nicht dem ASB zuzusprechen, sondern das vorhandene Betreuungsangebot auszubauen. Das zeigt sich laut Schulze-Elvert auch darin, dass Schäfer jetzt eine Anfrage an die Kommunalaufsicht stellen will, um zu prüfen, ob der Antrag von SPD und Grünen mit der Wirtschaftskraft der Bergstadt kompatibel ist. Bereits vor der Abstimmung des Rates hatte Schäfer angekündigt, dass die Kommunalaufsicht auf ihn zugekommen sei, um die Beschlüsse des Rates angesichts der strapazierten Haushaltslage zu prüfen. Schulze-Elvert kritisierte, dass die SPD bereit sei, Geld in eine „marode Immobilie“ zu investieren, aber in der Haushaltsdiskussion „alles auf den Prüfstand“ stellen wolle. So hatte es Mevert in der Haushaltsdebatte formuliert. „Zehn Millionen Euro in zehn Jahren“, so Schulze-Elvert, müsse die Stadt für die Instandsetzung des leerstehenden Gebäudes investieren, ohne die Sicherheit zu haben, dass das Angebot des ASB wirklich genutzt werde. Er plädierte noch einmal dafür, eher in die städtischen Einrichtungen zu investieren. Mevert hatte auch kritisiert, dass Ratsvorsitzender Horst Sassenberg in der Sitzung nicht darüber abgestimmt habe, wer gegen den SPD-Antrag sei und wer sich enthalte. „Die SPD sucht ein Argument, um ihr Gesicht zu wahren“, urteilte Schulze-Elvert. „Dass die SPD uns jetzt mit dem Bruch der Koalition erpressen will“, so der CDU/WGO-Vorsitzende, „ist kein politisches Handeln.“ Und abschließend: „Ich hatte gedacht, dass wir die Phase der Diskussionen über die Zeitung hinter uns hätten.“ mld